



Beschlussvorlage

Nr.	vom		
2021/0124	2. Juli 2021		
Gegenstand			
Satzung zur Änderung der Satzung zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts			
Beratungsfolge			
Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
	Stadtrat	öffentlich	Entscheidung

Beschlussvorschlag

Der als Anlage beigefügten Satzung zur Änderung der Satzung zur Regelung von Fragen des Gemeindeverfassungsrechts wird zugestimmt.

Vorschlagsbegründung

Die Satzung zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts hat im Laufe der Wahlperiode Unschärfen und Regelungslücken gezeigt. Diese lassen sich zwar durch individuelle Beschlüsse des Stadtrates füllen, vorzugswürdig ist auch aus Gründen der Rechtsklarheit indes eine Satzungsänderung.

Mit der Aufnahme von Stadtratsklausuren in die Entschädigungsregelungen (Sitzungsgeld, Fahrkosten) wird eine langjährige Praxis auf normative Füße gestellt. Die Aufnahme von Untersuchungskommissionen und ähnlichen Arbeitsgruppen entspringt einer aktuellen Entwicklung. Der bisherige Begriff der Fahrtkostenerstattung wurde an die gesetzlichen Regelungen im Bayerischen Reisekostengesetz angepasst.

Das rückwirkende Inkrafttreten wäre nicht zwingend, schafft aber für die bisherige Praxis eine ausdrückliche Grundlage.

Anlagen:

Änderung 2021

Fassung 2020

Bearbeitungsvermerke

Organisationseinheit Geschäftsleitung	Az. 028	Freigabe Referatsleiter/in
Bearbeiter/in Tönjes, Jens	Freigabe Geschäftsstelle StR	Freigabe GL
Referatsleiter/in	Freigabe Erster Bürgermeister	